



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Theaterkulturverband und Gewerkschaften	287	Kartelle und Sekretariate. Von den Arbeiterssekretariaten.	294
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften. —		— Arbeiterssekretär für Oldenburg gesucht	294
Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre		Genossenschaftliches. Das Tarifamt des Zentralverbandes	294
1917. — Ein mutiger Schritt des französischen		deutscher Konsumvereine	294
Gewerkschaftsbundes	289	Mitteilungen. Unterstützungsbewegung: Abrechnung	294
		Literarisches. Neuerschienene Bücher und Schriften	294

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Ueber diesen Zusammenhang äußert sich der Vertreter der Generalkommission im Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur, A. Knoll, in einer Artikelreihe seiner „Allgemeinen Steinfeker-Zeitung“ in ausführlicher Weise. Wir entnehmen diesen Aufjagen das Folgende.

Nach einer einleitenden Betrachtung über Kunst und Volk im allgemeinen schreibt der Verfasser über das Programm des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur:

„Der Verband bezweckt den Zusammenschluß aller Deutschen zur Hebung und Förderung des deutschen Theaters, als Pflegestätte der Kunst, im Geiste deutscher Bildung und Gesittung. Er will vor allem das Theater allen Schichten des deutschen Volkes zugänglich machen, das Verständnis für die nationale Bühnenkunst und ihre Bedeutung wecken und Mißstände im Theaterwesen bekämpfen. (§ 2 der Satzung.)

Der vom Verein bezweckte Zusammenschluß aller Kräfte des Volkes (Behörden, Vereine, Theater, schaffende und ausübende Künstler, Einzelpersonen) erfolgt auf paritätischer Grundlage unter Wahrung der Freiheit künstlerischen Schaffens und Denkens, sowie der Selbstständigkeit der angeschlossenen Körperschaften. (§ 4 der Satzung.)

Nach 1½jährigem Bestehen zählt der Verein bereits 11 000 Mitglieder. 190 Verbände und Vereine mit insgesamt 3½ Millionen Mitgliedern sind ihm beigetreten, desgleichen etwa 50 Städte und Landkreise. In verschiedenen Provinzen und Bundesstaaten sind Provinzial- bzw. Landesauschüsse gebildet, denen in erster Linie die Lösung der Wandertheaterfrage obliegt.

Der Verband widmet sich gleichzeitig mit Eifer der Bildung von Ortsvereinen, die in über 100 deutschen Städten bereits eingeleitet ist und die in etwa 40 Städten bereits erfolgreich arbeiten. In den größeren Städten, die ein eigenes Theater besitzen, ist es die Aufgabe der Ortsvereine, die Theaterleitung in ihrer künstlerischen Arbeit zu unterstützen, durch geeignete Einrichtungen die Vorstellungen allen Kreisen des Volkes zugänglich zu machen und auf den Geschmack veredelnd einzuwirken. Auch kann durch die literarisch interessierten Kreise die Förderung besonderer Kunstgattungen betrieben werden.

In den kleinen Städten ohne eigenes Theater tritt der Ortsverein als Organ der Gesamtheit der Bevölkerung an die Stelle der Bühnenleitung, er befreit im Zusammenwirken mit der Stadtverwaltung das System der Zufälligkeiten, das bis jetzt das Kennzeichen des Theaterlebens in den meisten kleinen Städten ist und bei dem es ganz in das Belieben umherreisender Truppen gestellt ist, mit welcher Nachahmung minderwertiger Großstadtpossen sie die Stadt beglücken wollen. Der Ortsverein arbeitet einen Winterpielplan aus, bei dem auch auf die Einrichtung von Volks- und Schülervorstellungen Bedacht genommen wird, er ermöglicht den gemeinnützigen Wanderunternehmungen oder benachbarten Bühnen eine genügend große Zahl von Vorstellungen, organisiert den Besuch und sorgt für die notwendige geistige Vorbereitung. Er unterbindet zugleich umherreisenden minderwertigen Truppen die Möglichkeit, schlechte Aufführungen zu geben.

So hofft er durch das Zusammenwirken aller Kräfte, mit der Unterstützung der Behörden und unter Führung der Fachleute, dem deutschen Theater im Geistesleben des deutschen Volkes den Platz zu erringen, der ihm gebührt und es dem geistigen Wachstum und dem Kulturfortschritt des ganzen Volkes dienstbar zu machen.“

Ueber die Stellung der Gewerkschaften zum Theaterkulturverband urteilt Knoll:

„Als allgemein bekannt wurde, daß die Generalkommission der Gewerkschaften sich dem genannten Verbände als körperschaftliches Mitglied angeschlossen habe, hörte man hier und da Zweifel äußern, ob das auch noch mit den Aufgaben der Generalkommission etwas zu tun habe. Die Auffassung des Verfassers geht dahin, daß zu irgendwelchen Protesten kein Anlaß vorliegt, und daß der Beitritt zum Theaterkulturverbande und die damit bewirkte Förderung seiner Bestrebungen durchaus im Rahmen der Aufgaben der Gewerkschaften liegt und von ihnen unterstützt zu werden verdient. Denn es dürfte unter Gewerkschaftern ja wohl keinen Streit darüber geben, daß die Gewerkschaften neben ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe um die wirtschaftliche Hebung und Förderung der Arbeiter, auch allgemein-kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben und solche erfüllen wollen. In den Statuten wohl aller Gewerkschaften ist das so ausgedrückt, daß neben der wirtschaftlichen Lage auch die geistigen Interessen der Mitglieder gefördert werden sollen. Schon ein oberflächlicher Blick in die deutsche

Gewerkschaftspresse zeigt uns ja auch, wie ernst es die Gewerkschaften mit dieser ihrer Aufgabe nehmen und wie erfreulich weit entfernt sie davon sind, einer lediglich aufs Materielle gerichteten Kultur zu dienen. Sie haben sich in stetig steigendem Maße auch die Pflege und Förderung geistiger Kulturgüter zu eigen gemacht, soweit sie das mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vermögen.

Eines der wertvollsten Bildungsmittel, ein Mittel zur Verbreitung und Vertiefung geistiger Kultur, ist nun zweifellos das Theater — oder könnte es doch sein. In wie starkem Maße das Theater — das Wort im weitesten Sinne gefaßt — auf die Gefühle und das Denken der breiten Massen einzuwirken vermag, das haben — in gutem und in bösem Sinne — schon die Staatenlenker und herrschenden Gewalten im klassischen Altertum erkannt: im guten Sinne die altgriechischen Stadt- und Staatenrepubliken, im bösen Sinne die römischen Machthaber, die als wirksamstes Mittel zur Beruhigung der von ihrer Scholle vertriebenen hungernden Proleten „panem et circenses“, d. h. Brot und Spiele verabreichen ließen. Ja es hat Epochen gegeben, wo das Theater ein revolutionärer Faktor gewesen ist. So wissen wir aus der Geschichte der großen französischen Revolution, wie tief dieselbe geistig durch die Komödien eines Voltaire beeinflusst worden ist.

Sehen wir aber von jeder besonderen Tendenz ab. Betrachten wir das Theater lediglich als Anstalt zur Vermittlung und Förderung allgemein-geistiger Kultur, so läßt sich gar nicht in Abrede stellen, daß es im Dienste der geistig kulturellen Hebung des Volkes ein Faktor von außerordentlich starker Bedeutung ist und es in noch weit höherem Maße zu werden vermag. Das haben die größten Heroen deutscher Geisteskultur in ihren Schriften über die Bedeutung des Theaters immer wieder dargetan. Es sei hier nur ein Name genannt: Schiller! Wer es daher unternimmt, der breiten Masse des Volkes das Theater näher zu bringen und demselben ermöglicht, gute Kunst zu erschwinglichen Preisen zu genießen, der bereitet den Boden für eine allgemeine Hebung der geistigen Kultur, der verrichtet Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes. Der leistet vor allem der Arbeiterklasse einen großen Dienst.

Soweit nun die organisierte Arbeiterschaft heute schon ein größeres Bedürfnis nach künstlerischer Erbauung hat, ist sie in der Hauptsache auf die geschäftlichen Darbietungen dieser Art angewiesen. Es kann zugegeben werden, daß in dieser Hinsicht in Berlin und noch in einigen Großstädten mancherlei Gutes und Schönes geboten wird. Aber es ist selbst in Berlin für die meisten Arbeiter mit großen Umständen verbunden, die zugleich auch ein Mehr an Kosten bedeuten. Die große Mehrzahl der Arbeiter wohnt an der Peripherie und in den Vororten; für sie bedeutet der Besuch eines guten Theaters oder Konzerts daher immer eine Reise und unterbleibt deshalb oftmals, selbst wenn es nicht an Interesse und den nötigen Mitteln fehlt. Hinzu kommt, daß bei dem gegenwärtigen Andrang zu den Theatern die Erlangung einer Eintrittskarte höchst unsicher ist. Aber auch wenn wir davon absehen, so steht doch fest, daß das Gute, das heute geboten wird, nur einem ganz kleinen Bruchteile der Arbeiterschaft zustatten kommt. Ein anderer und erheblich größerer Teil gibt sein Geld wahllos für künstlerisch minderwertiges hin, erhält also verfälschte oder gar vergiftete geistige Nahrung zu den sonstigen zweifelhaften physischen Ersatzmitteln der gegenwärtigen und wahrscheinlich auch noch kommenden Zeit. Die Folge ist: geistige Verbildung, statt Bildung. Und endlich: der

größte Teil lebt leider noch in geistig-kultureller Beziehung stumpf und dumpf dahin.

Es ist also allgemein noch eine Unmasse von Kulturarbeit auf diesem Gebiete zu leisten. Das ist aber eine Arbeit, die die verschiedenen Arbeiterorganisationen auf lange Zeit hinaus gar nicht in Angriff nehmen können, selbst wenn sie es wollten; sie können sie gar nicht leisten, weil das, als Ganzes betrachtet, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht zu erreichen ist.

Läßt man aber auch zunächst noch den größten Teil dieser Riesenaufgabe außer acht, so gilt es doch, denen, die schon höhere geistige Interessen haben, die sie aber bisher mehr schlecht als recht befriedigen konnten, zu helfen, ihnen die Befriedigung dessen, was sie suchen, zu Bedingungen zu beschaffen, die günstiger sind als bisher; mit andern Worten: Für weniger Geld mehr und Besseres zu bieten, als bisher geboten wurde. Das allein ist schon eine Aufgabe, die weder von den einzelnen Organisationen der Arbeiter, noch von ihnen zusammen gelöst werden kann, eben weil es ihre Mittel nicht zulassen und — in seiner Totalität! — auch aus dem Rahmen ihrer Aufgaben herausfällt.

Aber das ist erst die eine Seite des Problems. Die andere, ebenso wichtige, ist die direkte Einwirkung auf die Theater und sonstigen Kunststätten in dem Sinne, daß dieselben den Kunstkonumenten, um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen, das Beste vom Besten bieten, und vor allem, daß sie das geben, was ihre Abnehmer wünschen. Eine große Gewerkschaft wird ja wohl in der Lage sein, für ihre Mitgliedschaft mal einen Theater- oder Konzertabend vollständig zu pachten und ein Programm zu bekommen, das ihr zusagt. Aber damit ist für das Ganze gar nichts erreicht. Damit wird an dem Wesen der heutigen Kunstproduktion nichts geändert. Die große Masse der Besucher wird dabei nach wie vor mit dem Fürsich nehmen müssen, was die jeweilige Direktion ihnen zu bieten für gut befindet — und das hängt immer vom Kassenrapport ab. Wie aber das künstlerische Gut aussieht, das unter diesem Gesichtspunkt zur Verteilung gelangt, darüber ist schon manches treffliche Wort gesagt worden. Die Hebung des künstlerischen Niveaus der Theater und Kunststätten ist also nur möglich unter gleichzeitiger Bekämpfung des reinen Geschäfts- oder kapitalistischen Charakters dieser Unternehmungen! Man wird aber zugeben müssen, daß das eine Aufgabe ist, die mit den Mitteln der Gewerkschaften direkt nicht bewältigt werden kann, obwohl es sich dabei um kulturelle und zugleich auch um soziale Aufgaben handelt, die den sonstigen Aufgaben und dem Wesen der Gewerkschaften nahe verwandt sind. Wer aber das eine — die geistig-kulturelle Hebung des Volkes durch das Bildungs- und Erziehungsmittel der darstellenden Kunst — will, der muß auch das andere wollen: Die soziale und kulturelle Hebung des Bildungsmittels, des Theaters! Diese Aufgabe abzulehnen, hieße auf ein wertvolles Mittel zur geistigen Hebung der Mitgliedschaften verzichten. Dacum, weil wir das nicht dürfen, muß eine andere Organisation — nach dem Prinzip der Arbeitsteilung — diese Arbeit verrichten.

Die Aufgabe nun, den Massen des Volkes das Theater und gute, echte Kunst überhaupt, näherzubringen und umgekehrt das Theater der Masse, andererseits aber auch auf die künstlerischen Unternehmungen einen nachhaltigen Einfluß im Sinne einer wirklichen künstlerischen, kulturellen und sozialen Hebung auszuüben — diese Aufgabe hat sich der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur gestellt.

Der Verband hat kein bestimmtes künstlerisches Programm in dem Sinne, daß er gewisse Richtungen oder Strömungen fördern oder andere hemmen will — er hat keine „ismen“ in seinem Programm; er vertritt auch keine bestimmte politische Richtung oder Weltanschauung: seine einzige Aufgabe soll sein, die Förderung wahrer und echter Kunst vor allem in dem Sinne, daß jeder das, was er sehen oder hören will, in einer Weise vorgeführt bekommt, daß er für seine Welt- und Lebensanschauung den künstlerisch und seelisch höchsten Gewinn aus dem Dargebotenen heimträgt. Der Verband wird also beispielsweise einer katholischen Mitgliedschaft nicht „Die Brüder von Sankt Bernhard“ vorführen lassen und ebensowenig einer sozialdemokratischen ein Tendenzstück, das sich gegen ihre politische Anschauung richtet, sofern sie nicht selber den Wunsch hat, es kennenzulernen. Darüber, was die einzelnen Mitgliedschaften vorgeführt zu haben wünschen, sollen sie selber bestimmen. Und wenn Vorführungen für ein gemischtes Publikum stattfinden, dann bietet der reiche Schatz unerer Bühnenkunst soviel des anerkannt Guten und Schönen, daß alle es sehen und hören können, ohne irgendwelchen üblen Anstoß zu empfinden. Nur daß es in denkbar schönster und zugleich wohlfeilster Weise dargeboten wird, dafür will der Verband mit seinen Mitteln sorgen.“

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigt sich der Verfasser mit der staatlichen und gemeindlichen Regelung des Theaterwesens, die er befürwortet im Sinne des freien Zusammenwirkens mit der Organisation der Kunstinteressenten und Konsumenten. Am Schlusse seiner Artikelreihe stellt er die Frage: Wie können die Gewerkschaften das Kulturtheater praktisch fördern? Er hält es für ausgeschlossen, daß die Gewerkschaften, auch bei allem guten Willen für gute künstlerische Darbietungen, selbst etwas Vollwertiges auf diesem Gebiete leisten können und daß durch eigene Veranstaltungen der Gewerkschaften die Bühnenkunst gefördert werden könne.

„Und doch gilt auch auf diesem Gebiete das Wort, daß das Beste gerade gut genug für die Arbeiterchaft ist. Das Beste ist aber heute so teuer, daß nur finanziell sehr gutgestellte Gewerkschaften es sich leisten können, es ihren Mitgliedern zu vermitteln. In den meisten Fällen müssen sie sich mit mittelmäßiger Marktware, oftmals sogar mit geringwertigem Gute begnügen. Von einer organisatorischen Bearbeitung dieses Gebietes durch die Gewerkschaften unmittelbar kann keine Rede sein; und von einer Einwirkung auf die Kunstunternehmungen im sozialen Sinne schon gar nicht. Die Möglichkeit dazu sollen und dürfen aber die Gewerkschaften nicht von der Hand weisen, wenn ihnen die Gelegenheit dazu geboten ist. Und hier ist ihnen nunmehr die Gelegenheit geboten. Auf die Bildungsmöglichkeiten durch die Darbietung guter Bühnenkunst ist schon hingewiesen. Und wenn man sich dann noch vergegenwärtigt, daß der Theaterkulturverband seine Bestrebungen in die entlegensten Orte der Provinz tragen, daß er auch solchen Orten das Theater erschließen will, die bisher von jedem Kunstgenuß geradezu abgeschlossen waren, daß von ihm mit ganz besonderer Energie die Errichtung von öffentlich unterstützten Wandertheatern betrieben wird — daß also sein diesbezügliches Wirken auch dem Arbeiter in der Kleinstadt und mittelbar selbst im kleinsten Dorfe zugute kommen soll — wenn man dies alles in Betracht zieht, dann wird man zugeben müssen, daß an einem solchen Wirken die Gewerkschaften ein großes, lebendiges Interesse haben. Mit Hilfe des

Theaterkulturverbandes wird ihnen zum ersten Male die Gelegenheit geboten, den wunderbaren Schatz dramatischer Weltliteratur und deutscher Bühnenkunst fast allen ihren Mitgliedern mit verhältnismäßig geringem Aufwand an Mitteln zugänglich machen zu können und somit bei vielen von ihnen den Sinn für die Schönheiten der Kunst und des geistigen Genießens zu erwecken und zu fördern.

Wenn aber der Theaterkulturverband diese seine großen Aufgaben erfüllen soll, dann bedarf er dazu der praktischen Mitarbeit auch der Gewerkschaften überall da, wo er in diesem Sinne wirken will. Dann ist es nicht damit getan, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit in dem Verbandskörperlich vertreten sind. Die Aufgaben des Verbandes, die hier in ihrer Gesamtheit darzustellen wurden, wiederholen sich an jedem einzelnen Ort, in jeder Provinz, in jedem Bundesstaat, und müssen überall praktisch in die Hand genommen werden. Überall muß darauf hingewiesen werden können, daß wirklich die Massen des Volkes das fordern, was der Verband in ihrem Namen vertritt.

Auf der anderen Seite haben wir auch ein Interesse daran, überall, wo eine Verwirklichung der aufgestellten Forderungen im allgemeinen in Aussicht gestellt erscheint, unser Gewicht auch in den einzelnen Ortsgruppen des Verbandes in dem Sinne geltend zu machen, daß nun auf dem Gebiete der künstlerischen Darbietungen dem entsprochen wird, was wir für uns glauben beanspruchen zu sollen. Nicht in dem Sinne, daß nun eine ganz bestimmte Tendenz in den Vordergrund gerückt wird, sondern ganz allgemein von der Auffassung ausgehend, daß wir mitraten und mittaten wollen, wo es sich darum handelt, daß auch für uns etwas geschaffen werden soll. Deshalb ist es durchaus wünschenswert, daß sich die einzelnen örtlichen Gewerkschaften oder auch die Gewerkschaftskartelle den Ortsgruppen des Theaterkulturverbandes als körperschaftliche Mitglieder anschließen, oder, wo solche Ortsgruppen noch nicht bestehen, selber den Anfang mit der Bildung einer Ortsgruppe zu machen.“

Es wäre zu wünschen, daß diese Anregung allenthalben auf fruchtbaren Boden fällt; denn hier gilt es eine alte Forderung aller Vorwärts- und Aufwärtstrebenden endlich einmal praktisch zu verwirklichen, die lautet:

Die Kunst dem Volke!

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Centralverein der Bildhauer veranstaltet gegenwärtig eine Berufsstatistik über die Lage der Bildhauergehilfen während des Krieges. Die Aufnahmen, die durch Fragebogen erfolgen, erstrecken sich vor allem auf den Wochenverdienst beim Ausbruch des Krieges und den gegenwärtigen Wochenverdienst (letzte Juniwoche 1918), sowie auf die Dauer der Arbeitszeit und Ueberarbeit.

Auch im Bereich der Deutschen Buchdrucker ist die Mitgliederzahl wieder im Steigen begriffen; sie stieg von 28 848 am Ende des Jahres 1917 auf 29 363 am Schlusse des 1. Quartals 1918. 1035 Mitglieder davon arbeiteten aber in anderen Berufen.

Der Vorstand des Centralverbandes der Dachdecker hat eine Eingabe an das Reichsamt des Innern gerichtet, in der die Notlage der baugewerblichen Arbeiter zum Ausdruck gelangt. Es heißt in dieser Eingabe:

„Not und Sorgen unserer Mitglieder zwingen uns, an das Reichsamt des Innern einen Warnungsruf zu richten. Es geht so nicht mehr weiter. Unsere Kollegen gehen körperlich zugrunde. Seit zwei Jahren steigen die Preise für Gebrauchsgüter in geradezu unerschämter Weise. Waren, die in Deutschland hergestellt werden, sind um 300 bis 400 Prozent und mehr teurer geworden. Um ein Paar Arbeitshefen zu kaufen, die früher mit 4 bis 5 Mk. bezahlt wurden, dazu gehört jetzt ein Wochenlohn. Wir haben in 4 Jahren 50 Prozent an Lohnerhöhungen bekommen, schöne Gewinnlucht aber hat alles um 200 Prozent verteuert. Daran ist jedoch nicht der Krieg, sondern die Gier nach Kriegsgewinn schuld.

Trotz fünfzigprozentiger Lohnerhöhung müssen unsere Kollegen darben. Es reicht nicht für die Schleichhandelspreise, von den rationierten Waren werden sie nicht satt. Sie haben nichts mehr anzuziehen. Jede Woche wird das schlimmer. Verschiedene Artikel sind heute um das Zwanzigfache im Preis gestiegen, der Lohn nur um die Hälfte. Wir können nicht mehr mit, wir sind am Ende. Es gibt nur noch ein Entweder — Oder. Entweder die Regierung findet den Mut, die elenden Preistreiber wirklich aufzuhängen, wenn es Galgen genug für sie gibt, oder sie stellt den Bedarf für die Arbeiter sicher, wie die Kleidung für die Soldaten. Mit einem Wort, die Regierung sehe schnell ein, daß wir so, wie es heute geht, einfach wirtschaftlich erdrückt werden.

Unsere Schränke, unsere Kästen sind leer, unsere Ersparnisse liegen in den Geldschränken der Bucherer, unsere Kinder haben nichts mehr anzuziehen, der Rest verkommt, weil nichts mehr gereinigt werden kann. Mit unserem Blut und unseren Knochen treibt die Gesellschaft der Schönen auf dem wirtschaftlichen Schlachtfeld einen schwunghaften Handel, wir sind gezwungen, unser eigenes Fleisch von den Kriegsgewinnlern zurückzukaufen — es geht einfach über unsere Kraft.

Das alles sind Dinge, die mit dem Krieg nichts zu tun haben und abgestellt werden können. Wenn es so weiter geht, dann hilft kein Reden, keine schöne Geste, kein Hinweis auf die Wichtigkeit der Landesverteidigung; kein Wechsel auf eine schönere Zukunft, kein Versprechen, daß unsere Kindesfinder einmal das gleiche Wahlrecht bekommen werden; uns Arbeiter grinst dann in kurzer Zeit der böllige Zusammenbruch an. Wir erkennen die Landesverteidigung an, aber wir verweigern das Recht, uns öffentlich zu versteigern, unsere letzte Nervenzelle in Kriegsgewinn zu verwandeln. Man weiß scheinbar nicht, wie es in Wirklichkeit aussieht. Nirgends finden wir ein Verständnis für unsere Lage. Die Arbeiter in unserem Beruf können sich kaum mehr helfen, sie müssen zusehen, wie sie bei lebendigem Leibe geopfert werden. Hier hilft nur sofortiges Eingreifen der Regierung. Genügende Steuerzulagen auf der einen, Sicherstellung der nötigen Bedarfsartikel auf der anderen Seite. Aber das muß rasch geschehen. Wir ersuchen um schnellste Vermittlung, so oder so.

Diese Zeilen sind das Echo von über hundert Zuschriften. Wir bitten die Regierung, sie nicht unbeachtet zu lassen.“

Im Centralverband der Handlungsgehilfen, Sitz Berlin, wird die Frage der Abhaltung eines Verbandstages zurzeit lebhaft erörtert. Der Vorstand veranstaltet darüber eine Umfrage bei den Ortsgruppen, ob ein ordentlicher Verbandstag mit Berichterstattung über die gesamte Verbandstätigkeit oder ein außerordentlicher Verbandstag einberufen werden soll, der zu wichtigen Berufsfragen, wie Neuordnung des Arbeitsrechts, bessere Entlohnung, angemessene Arbeitszeitbegrenzung, Ernährungs- und Wohnungsfragen und Gewinnung der kaufmännischen Jugend, Stellung nehmen soll.

Im Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter betrug der Mitgliederstand am Ende des 2. Quartals 8678, davon 2242 männliche und 6436 weibliche.

Der Centralverband der Lederarbeiter hatte Ende März d. J. 5181 männliche und 2969 weibliche, zusammen 8150 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen im 1. Quartal betragen 60 377 Mk.,

die Gesamtausgaben 57 771 Mk., das Gesamtvermögen 272 739 Mk.

Der Vorstand des Centralverbandes der Steinarbeiter hatte sich, gemäß einem Beschlusse der Beiratskonferenz vom Nov. 1917, an den deutschen Steinindustrieverband E. V. mit dem Vorschlag gewendet, im Interesse der Beseitigung der Unregelmäßigkeiten bei der Arbeitsvermittlung, das Arbeitsnachweiswesen durch beide Verbände tatkräftig zu organisieren. Am 18. Februar d. J. unterbreitete der erstgenannte Vorstand dem Arbeitgeberverband den Entwurf einer gemeinsamen Regelung. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes verhielt sich indes gegen diese Anträge ablehnend, so daß der Vorstand des Steinarbeiterverbandes sich gezwungen sah, das Arbeitsnachweiswesen nunmehr allein in die Hand zu nehmen. In den 8 Gaubezirken sollen nach Bedarf Arbeitsvermittlungstellen eingerichtet werden. Zunächst sind 47 solcher Stellen ab 1. September d. J. einzurichten. Den Arbeitgebern soll der Arbeitsnachweisführer bekannt gegeben werden. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen müssen klar aus den Arbeitsangeboten hervorgehen. Kriegsverletzte sollen zuerst untergebracht werden.

Der Textilarbeiterverband zählte am Schlusse des 1. Quartals 1918: 19 172 männliche und 57 527 weibliche, zusammen 77 239 Mitglieder. Seit Jahreschluss hat der Verband um 1986 Mitglieder zugenommen. — Der Verbandsvorstand beruft zum 19. und 20. August d. J. eine Konferenz der deutschen Tucharbeiter nach Leipzig ein, um zur Frage der Löhne und Lebenshaltung, sowie zum Abschluss einer Tarifgemeinschaft in der Tuchbranche Stellung zu nehmen. — Ueber die gewerkschaftliche Frauenarbeit veröffentlicht der „Textilarbeiter“ interessante Zahlen.

Nach einer im Oktober 1917 veranstalteten Umfrage haben in 15 Orten weibliche Mitglieder für den eingezogenen Geschäftsführer die Verwaltungsarbeiten der Organisation übernommen. In 4 Orten mußten neben den von der Einberufung verschont gebliebenen Angestellten wegen der sich ständig mehrenden Arbeit 7 weibliche Mitglieder als Hilfskräfte eingestellt werden. 21 weibliche Mitglieder haben die Verbandsarbeit ihrer eingezogenen Männer übernommen. In 7 Gauvorständen sind zusammen 9 Frauen tätig, davon 1 als Kassiererin, 5 als Schriftführerinnen und 3 als Beisitzerinnen. Die engere Ortsverwaltung zählt 641 weibliche Mitglieder, und zwar wirken 16 als Vorsitzende, 24 als Kassiererinnen, 35 als Schriftführerinnen, 95 als Beisitzerinnen, 11 als Revisorinnen, 64 als Unterkassiererinnen. In der erweiterten Ortsverwaltung sind 1792 weibliche Mitglieder tätig. Davon sind 917 aktive Arbeiterauschussmitglieder in den hilfsdienstgesellschaftlichen Arbeiterauschüssen. 8 weibliche Mitglieder sind in Tarifkommissionen, 103 in Verhandlungskommissionen, 193 in Agitationskommissionen tätig. 571 wirken als Betriebsvertrauenspersonen. 107 weibliche Mitglieder wurden in Gewerkschaftskartelle delegiert.

Nicht nur in der Gewerkschaft, sondern auch im Krankenkassenwesen sind weibliche Mitglieder des Textilarbeiterverbandes im Interesse der Versicherten tätig. 320 Frauen sitzen in Krankenkassenausschüssen, 63 in Krankenkassenvorständen. 32 sind in Ortskrankenkassen und 129 in Betriebskrankenkassen tätig. In der sozialen Kriegshilfe arbeiten 66 weibliche Mitglieder mit.

Im ganzen wurden 3007 weibliche Mitglieder festgelegt, die gewerkschaftliche Funktionen innerhalb des Verbandes ausüben. In Wirklichkeit muß aber deren Zahl bedeutend höher sein, da von den 271 Filialen des Verbandes 143 die Fragebogen nicht beantwortet haben. Immerhin genügen die vorliegenden Angaben, um dem

Außenstehenden ein anschauliches Bild von der umfangreichen Gewerkschaftsarbeit der Frauen im Textilarbeiterverband zu geben.

Eine Konferenz der im Centralverband der Töpfer vereinigten Ofenformer Sachsens am 14. Juli in Dresden beschäftigte sich mit den Lohnverhältnissen im Verufe und der gegenwärtigen Teuerung in der Lebenshaltung.

Der Deutsche Transportarbeiterverband hat im Jahre 1917 für 109 878 Berufskollegen und -kolleginnen mehr als 46 Millionen Mark an Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen erwirkt. Im Durchschnitt entfällt auf jeden Beteiligten eine Erhöhung des wöchentlichen Einkommens von 8,10 Mark. Gewiß ein unwiderleglicher Beweis für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation auch in der Kriegszeit.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1917.

Der Rückschlag, den der Ausbruch des Krieges auf die Entwicklung der Gewerkschaften ausgeübt und der in den ersten Kriegsjahren noch fortgewirkt hatte, ist gleich wie in allen anderen Staaten auch in Oesterreich bereits im Jahre 1916 überwunden gewesen. Schon der Bericht für dieses Jahr ließ ein Wiedererstarken des gewerkschaftlichen Gedankens erkennen, und wenn auch noch ein Rückgang in der Zahl der männlichen Mitglieder ersichtlich war, so zeigte andererseits die allerdings vorläufig noch geringe Zunahme der weiblichen Mitglieder deutlich die sich vorbereitende Wandlung zum Besseren an.

Der Bericht für das Jahr 1917, den die Gewerkschaftskommission Oesterreichs kürzlich in ihrem Organ veröffentlichte, lehrt nun sehr sichtlich, welche rasche Fortschritte diese Wandlung bereits gemacht hat. Sie ist nicht nur in einer sehr starken Zunahme der Mitglieder der beiden Geschlechter wahrnehmbar, sondern auch in einer Vermehrung der Arbeiterorganisationen. Während nämlich deren Zahl seit Kriegsbeginn bis Ende 1916 ununterbrochen gesunken war, und zwar von 4189 am Ende des Jahres 1913 bis auf 2346 zu Ende 1916, zeigt das Berichtsjahr zum erstenmal wieder eine Zunahme, nachdem die bestehenden 48 Centralverbände und 20 Landesvereine über 2561 Ortsorganisationen, somit um 215 mehr als im Vorjahre berichten.

Inwieweit die Mitgliederbestände während der Kriegszeit eine Aenderung erfahren haben, zeigen vor allem nachstehende Zahlen: Es wurden an Mitglieder gezählt:

am Ende des Jahres	männliche	weibliche	zusammen
1913	372 216	42 979	415 195
1914	210 421	30 260	240 681
1915	151 424	25 689	177 113
1916	138 789	28 148	166 937
1917	232 066	79 002	311 068

Auffällig auf den ersten Blick ist die Wandlung der Mitgliederzahlen, soweit das Geschlecht dabei in Betracht kommt. Während nämlich trotz der ersichtlichen Steigerung im Jahre 1917 die Gesamtzahlen in diesem Jahre noch immer um 104 000 niedriger als im letzten Friedensjahre sind, und die der männlichen Mitglieder gar um 140 000, ist bei den weiblichen Mitgliedern im gleichen Zeitraum eine Steigerung um 36 000 ersichtlich, somit fast eine Verdoppelung. Die Ursachen für diese verschieden gartete Entwicklung sind wohl in allen Kriegstaaten die gleichen: fortgesetzte Einziehung der Männer zum Kriegsdienste und im Zusammenhange damit verstärkte Beschäftigung der Frauen, die natürlich gleich

wie in den Zahlen der Beschäftigten auch in denen der gewerkschaftlich Organisierten zum Ausdruck kommen muß. Inwieweit diese stetig zunehmende Vordrängung der Frauenarbeit relativ in den Mitgliederzahlen sichtbar wird, zeigt folgende Gegenüberstellung: Von je 100 Mitgliedern waren

	männlich	weiblich
1913	89,64	10,36
1914	87,42	12,58
1915	85,49	14,51
1916	83,14	16,86
1917	74,61	25,39

In den Jahren 1905—1912 hatte sich der relative Anteil der weiblichen Mitglieder von 8,8 v. H. auf 11,8 v. H. erhöht. Die Kenntnis dieser Zahlen im Vergleich mit denen der Kriegsjahre läßt erst die steigende Bedeutung der weiblichen Mitglieder für die Gewerkschaften erkennen. Nach Wiederkehr des Friedens ist wohl mit aller Bestimmtheit ein Stillstand, wenn nicht gar ein Rückschritt dieser Entwicklung zu erwarten, immerhin jedoch ist eine erhöhte Beschäftigung der Frauen auch für die Zukunft vorauszusetzen; darum auch eine dauernde Zunahme der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder, was wieder eine erhöhte Bedachtnahme ihrer Interessen seitens der Gewerkschaften zur Folge haben wird.

Mitgliederzunahmen weisen insgesamt 34 Verbände auf. Die größte hiervon (wie nicht anders infolge der Erstarkung der Kriegsindustrie zu erwarten), die Metallarbeiter, mit 77 397 Mitgliedern; ihnen folgen die Eisenbahner mit 17 314 und die Arbeiter der chemischen Industrie mit 10 501 Mitgliedern. Zwei Verbände (Bergarbeiter und Textilarbeiter) haben Zunahmen von 5—10 000 Mitgliedern, neun Verbände 1—5000 und bei 20 Verbänden bewegt sich die Steigerung unter 1000 Mitglieder. Insgesamt beträgt die Zunahme in diesen 34 Verbänden 145 543 Mitglieder, denen in 14 Verbänden und in einigen Landes- und Lokalorganisationen eine Abnahme von 1412 Mitgliedern gegenübersteht, so daß sich insgesamt ein Reingewinn von 144 131 Mitgliedern ergibt.

Nicht weniger deutlich wie in den Mitgliederzahlen zeigt sich auch in der Finanzgebarung die Besserung, welche das Berichtsjahr so erfolgversprechend einleitete. Die ordentlichen Einnahmen für Vereinszwecke (ohne die für Lohnbewegungen) sämtlicher Organisationen haben im Jahre 1916 4 636 000 Kronen, im Berichtsjahre 5 939 000 Kronen, somit um 1 303 000 Kronen mehr betragen. Die Ausgaben sind in der gleichen Zeit von 4 466 000 Kronen auf 5 207 000 Kronen, somit um 741 000 Kronen gestiegen.

kennzeichnend für die Wirtschaftslage in Oesterreich ist es jedoch, daß die seit dem Jahre 1915 stetig geringer werdende Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung, die in weiterer Folge auch auf eine Abnahme der allgemeinen Arbeitslosigkeit mit Sicherheit beschließen läßt, auch im Berichtsjahre so intensiv anhielt, daß hierdurch der relative Anteil aller Unterstützungen an den gesamten Ausgaben eine weitere Verminderung erfuhr. Inwieweit sich diese bemerkbar machte, ist aus folgendem ersichtlich: Von je 100 Kronen Ausgaben entfielen:

im Jahre	auf Unterstützungen insgesamt	auf Arbeitslosenunterstützung
1913	45,92	21,93
1914	50,53	30,48
1915	36,08	10,11
1916	35,38	5,84
1917	29,50	3,85

Nebst der Arbeitslosenunterstützung, die im Berichtsjahre rund 60 000 Kronen weniger in Anspruch nahm als im Jahre vorher, haben auch die Reise-, Invaliden- und Notfallunterstützungen die Verbandskassen weniger belastet; hingegen haben die Krankenunterstützungen und die Beihilfen in Sterbefällen erheblich höhere Summen in Anspruch genommen. Es sind die Ausgaben für erstere von 285 000 Kronen auf 344 000 Kronen, somit um 59 000 Kronen, für die zweitgenannte Unterstützung von 300 000 Kronen auf 384 000 Kronen, somit um 84 000 Kronen gestiegen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir diese Erscheinung auf die verminderte Widerstandskraft der Arbeiter gegen die Folgen der Lebensmittelnot und der sie begleitenden Unterernährung zurückführen.

Insgesamt haben alle Verbände für Unterstützungen (ohne Streifunterstützung) im Berichtsjahre 1 534 000 Kronen gegen 1 579 000 Kronen im Vorjahre, somit um 45 000 Kronen weniger ausgegeben. Dagegen sind die Ausgaben für alle anderen Vereinszwecke von 2 887 000 Kronen auf 3 673 000 Kronen, also um 786 000 Kronen gestiegen, was wieder auf die Erhöhung aller anderen Kosten (Druckfachen, Fachblätter, Bahnfahrten usw.) zurückzuführen ist.

Die Vermögensbestände haben sich von 14 991 000 Kronen am Ende des Vorjahres auf 16 628 000 Kronen, somit um 1 637 000 Kronen erhöht und damit den höchsten jemaligen Stand erreicht. Vier Verbände weisen einen Stand von über eine Million Kronen (wieder ohne Streifonds) auf; es sind dies der Verband der Metallarbeiter mit 3 600 000 Kronen, die Eisenbahner mit 1 968 000 Kronen, die Buchdrucker mit 1 338 000 Kronen und die Holzarbeiter mit 1 061 000 Kronen. Fünf weitere Verbände weisen ein Vermögen von einer halben bis zu einer ganzen Million Kronen und 18 Verbände von 100 000 Kronen bis 500 000 Kronen aus. Alle anderen Verbände verfügen über ein Vermögen von weniger als 100 000 Kronen.

Dies die wichtigsten Angaben aus dem vorliegenden Bericht der Gewerkschaftskommission. Sie lehren zur Genüge, daß die österreichischen Gewerkschaften dank ihrer eifrigen Tätigkeit um die Interessen der Arbeiterschaft deren Vertrauen voll auf besitzen und durchaus berechtigt sind, mit jener Sicherheit, die das Bewußtsein getreulich erfüllter Pflicht verleiht, der Zukunft entgegen zu blicken. In welcher Art sie diese Pflicht erfüllen und wie sie diese in Zukunft zu erfüllen beabsichtigen, ist deutlich aus dem vorliegenden Bericht zu entnehmen, der sich hierüber unter anderem wie folgt äußert:

„... Die durchaus befriedigende Zunahme an Mitgliedern, nicht minder die neuerliche Festigung der finanziellen Kraft bieten die Gewähr dafür, daß die Gewerkschaften durchaus keinen Anlaß haben, in ihrer unmittelbaren, dem Wohle der Arbeiterklasse dienenden Tätigkeit irgendwelche grundlegende Änderungen vorzunehmen. Wohl wird die Zeit nach dem Kriege Reformen auch im Gewerkschaftsleben sowie auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens, vor allem auf dem Gebiete des organisatorischen Aufbaues zu dringenden Notwendigkeiten machen. Um so weniger aber wird diese Notwendigkeit in bezug auf ihre Kampftätigkeit gegeben sein. Auf diesem Gebiete hat die Tatkraft und die Tätigkeit der Gewerkschaften zu den in der Gegenwart bestmöglichen Erfolgen geführt und ihnen so das volle Vertrauen der Arbeiter gesichert. Mit jener Ruhe, die das Vertrauen in den durch die Gewerkschaften gebildeten kräftigen Rück-

halt zu bieten vermag, dürfen die Arbeiter der Wiederkehr des von ihnen so sehnlichst erwarteten Friedens und der schweren wirtschaftlichen Kämpfe, die er mit sich bringen wird, harren. . . .

Zeitgemäße Ausgestaltung der Organisationen und deren kräftigster Ausbau in der Erwartung schwerer wirtschaftlicher Kämpfe in der Nachkriegszeit: Das ist das Programm der österreichischen Gewerkschaften für die nächste Zukunft. Der vorliegende Bericht für das Jahr 1917 bietet die Gewähr der Erfüllung dieses Programms!

J. Gr.

Ein mutiger Schritt des französischen Gewerkschaftsbundes.

Frankreichs innere Einheitsfront hat dieser Tage einen weithin sichtbaren Riß bekommen. Mit der einhelligen Unterordnung unter die amtliche Kriegspolitik ist es vorbei. Die vielgepriesene „heilige Einigkeit“ hat ein Ende genommen: Denn der Gewerkschaftsbund verlangt in einem Offenen Schreiben an die Volksvertretung neben vielem anderen die Bekanntgabe der Kriegsziele. Dieser gewerkschaftliche Vorstoß zugunsten des Friedens geschah selbständig, das heißt, ohne von einer politischen Richtung veranlaßt oder begutachtet zu sein.

Daß in Reich und Glied der französischen Arbeiterschaft von jeher keine Neigung für den Krieg vorhanden gewesen ist, ist genügend bewiesen. Wo immer sie ungehemmte Ausdrucksmöglichkeit hatte, ist ihre Sehnsucht nach Beendigung des Menschenmordens verkündet worden. Sie ist nicht des Glaubens gewesen, daß für die Freiheit der Welt die Menschheit dem Zwangsdienst unterworfen, für die Erhaltung der Zivilisation gemordet, für die Rechte der kleinen Völker gewüstet und geschossen werde. Sie hat sich über die eigentlichen Beweggründe ihrer kriegstreibenden Bourgeoisie auch nicht dadurch täuschen lassen, daß deren Wortführer in Verkleidungen und Redewendungen auftraten, die der großen Revolution entstammen. Leider mangelte der Arbeiterschaft die Macht, ihre Erkenntnis in die Tat umzusetzen. So hatte sie sich dem harten Zwang zu fügen. Von der Führerschaft im Parlament, ja selbst von der im Gewerkschaftsbund konnte sie wenig erwarten, weil sie sich zu eng mit der Kriegspolitik verstrickt hatte und eine dem Wortschatz der imperialistischen Bourgeoisie entnommene Sprache redete. Hierin trat erst in dem Maße eine Wandlung ein, als sich die Arbeiterschaft sammelt und ihre Anschauung geltend machen konnte. Als erstes Zeichen dieser Wandlung steht das Drängen der Gewerkschaftsführer nach einer internationalen Konferenz; als ein anderes der dieser Tage veröffentlichte Offene Brief an die Volksvertretung.

In diesem bedeutamen Schriftstück sagt der Vorstand des Gewerkschaftsbundes eingangs, er fühle die Notwendigkeit, der „Arbeiterklasse sittliche Bürgerschaften zu geben, um Mißverständnisse zu zerstreuen, die geeignet sind, über die Landesverteidigung eine falsche Auffassung zu schaffen, die mit den Rechten, Gefühlen, der Würde und Solidaritätspflicht der Arbeiterklasse unvereinbar ist“. Nach dieser Einleitung fährt der Offene Brief wörtlich fort:

„Seit vier Jahren lebt (mit der Nation) die Arbeiterklasse in Unkenntnis der militärischen und diplomatischen Ereignisse, von denen nichts weniger als der Bestand des Landes abhängt. Bald schwarzmalend, bald schönfärbend hat die Presse, lügend aus Interesse oder eingeschränkt durch die Zensur, erreicht, das Urteil der Volksmasse zu fälschen. In dieser Lust der falschen und unzulänglichen Berichterstattung hat eine nur zu berechnete Besorgnis die

Herzen der Arbeiter erfasst. . . . Unter diesen Umständen mußten die widerspruchsvollsten Gerüchte beim Volke Glauben finden und ungestüme Bewegungen entfesseln. Die Gefahren einer solchen Lage fühlend, hat der Gewerkschaftsbund wiederholt von der Regierung verlangt, daß sie die Kriegsziele bekanntgebe als auch die allgemeinen Bedingungen, worunter der Friede gezeichnet werden könne.

Auf diese Verlangen, die von einer genauen Kenntnis der Beschaffenheit der Volksseele begründet sind, als auch von der berechtigten Besorgnis, den vorauszufühlten Schwierigkeiten zu begegnen und die nun leider von den Ereignissen bestätigt wurden, hat man mit verächtlichem Schweigen oder mit zu allgemeinen Erklärungen geantwortet. „Unser Ziel ist ein gerechter und dauernder Friede“ ist eine solche Formel, die eine Erklärung und nähere Umschreibung heischt. Diese Erläuterungen und festen Umschreibungen sind uns bis jetzt verweigert worden, während wir gleichzeitig vernahmen, daß gewisse annexionistische Bewegungen geführt wurden; daß man sich zu gewissen persönlichen Verhandlungen hergab und daß man, ohne sich in eine Besprechung einzulassen, Friedensbedingungen ablehnte, die dem Volke und selbst dem Parlament unbekannt blieben.

Um den üblen Rückwirkungen solcher unzulässiger Machenschaften vorzubeugen, hat der Gewerkschaftsbund das Recht in Anspruch genommen, sein Werk der Arbeiterdiplomatie durch Teilnahme an den internationalen Konferenzen zu vollbringen. Doch dieses Recht, das anderen Teilen der Nation gewährt wurde uns versagt. Währenddessen überstürzten sich die Ereignisse und die Lage verschlimmerte sich. . . . Verbunden mit der internationalen Aktion der Arbeiterklasse der Weststaaten hätte die (Arbeiter-) Diplomatie des hellen Tages bei den Völkern der Mittelmächte geeigneten Widerhall gefunden und so den Völkerfrieden beschleunigt. Und selbst wenn dieses Ziel nicht erreicht worden wäre, so hätte man immerhin doch die internationale Sachlage geklärt und die Schuld an der Verlängerung des Krieges festgestellt. . . .

Dieser Zustand der Ungewißheit über den kommenden Tag, dieses Mißverstehen der Rolle, die die Arbeiterorganisationen national wie international zu spielen haben, kann nicht weiter gehen.

Der Gewerkschaftsbund verlangt im Namen der Arbeiterklasse, daß die Regierung unseres Landes die Worte der Wahrheit hören lasse, die den von den Weststaaten vertretenen Grundsatz des Rechts rechtfertigen und dem Lande Beruhigung verschaffen. Die Regierung und die beiden Kammern müssen sich über die allgemeinen Grundsätze der Entschlieungen (der Gewerkschaftskongresse) von Clermont-Ferrand und London aussprechen. Der Gewerkschaftsbund fordert weiter im Namen der Millionen Arbeiter an der Front wie im Hinterlande, daß Friedensvorschlüge, woher sie auch kommen mögen, nicht ohne Erörterung verworfen werden und daß die Regierung alle Gelegenheiten wahrnehme, die Sprache der Vernunft und des gesunden Menschenverstandes hören zu lassen. Die Arbeiterklasse will nicht, daß die Stunde des Friedens, wenn sie sich zeigt, verpaßt wird.

Der Gewerkschaftsbund bekräftigt sein Recht, in voller Freiheit an der internationalen Aktion der Arbeiter teilzunehmen, weil er überzeugt ist, daß aus den Zusammenkünften des Proletariats nur der Sache der Volksrechte günstige

Entschlieungen hervorgehen können. Der Gewerkschaftsbund erklärt, daß nur eine Politik des Vertrauens, die jeden Hintergedanken der Unterdrückung verwirft, geeignet ist, neue Wirren zu verhüten, Wirren, die wir befürchten und deren schwere Folgen vielleicht nie wieder gutzumachen sein werden. Die Stunde ist gekommen, wo man der Arbeiterklasse das Recht vorbehaltlos einräumen muß, über die Angelegenheiten der Nation mitzureden durch die Stimme ihrer Organisation, die allein die Eignung besitzt, durch die Verteidigung ihrer sittlichen und materiellen Interessen die der gesamten Nation zu verteidigen.

In dieser besonders ernstesten Stunde verlangen wir genaue Bekanntgabe der Kriegsziele und der allgemeinen Friedensbedingungen. Weiter fordern wir, daß die gesamte Nation den Gang der Begebenheiten scharf überwachen kann, damit keinerlei Möglichkeit eines gerechten und dauerhaften Friedens verpaßt wird; daß jede Unterdrückungspolitik aus unsern Sitten verschwinde; daß die persönliche Freiheit betreut wird von einer Justiz, die unparteiisch ist und unabhängig von der Staatsgewalt, der Parteien und Kasten; und schließlich verlangen wir, daß die Arbeiterbewegung ihre nationale wie internationale Aufgabe in voller Gedankens- und Handlungsfreiheit erfüllen kann.

Der Gewerkschaftsbund erklärt, daß nur unter diesen Bedingungen und bei einer derartigen Beschaffenheit der wahren Freiheit und des gegenseitigen Vertrauens das Land vor den schlimmsten Katastrophen bewahrt werden kann und die Stunde des Völkerfriedens auf den von Wilson bestimmten Grundlagen, deren Leitgedanken in den Entschlieungen von Clermont-Ferrand und London enthalten sind, nähergerückt wird.“

Das deutsche Arbeiterauge mag geneigt sein, in diesen Forderungen französischer Gewerkschafter kaum mehr als eine Selbstverständlichkeit zu sehen, zumal die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands schon längst und oft dergleichen Forderungen gestellt und entsprechend gehandelt hat. Indes, das Bedeutungsvolle dieses Offenen Briefes liegt mehr darin, daß der Gewerkschaftsbund als solcher einen Schritt für den Frieden, einen Druck auf die Regierung, einen politischen Akt von größter Wichtigkeit gewagt hat, ohne sich um die Absichten der politischen Kreise zu scheren. Die Wirkung dieses selbständigen Vorstoßes wird sich bald sehen lassen. Die Friedensfreunde landauf landab werden neuen Mut bekommen und die Sippen von Geschäftspolitikern und Strebern innerhalb wie außerhalb der sozialistischen Fraktion werden nun auch gezwungen sein, Stellung zu dieser Sache zu nehmen. Der Vorwurf der Klau macherei wird dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes nicht erspart bleiben. Ob die Verhaftung und Verschickung der Gewerkschafter an die Front, wovon die Tagespresse jetzt berichtet, mit dem Vorstoß zusammenhängen, ist sehr wahrscheinlich. Dafür wird die gesamte Arbeiterschaft mit ihrem Dank nicht zurückhalten. Die Gewerkschafter diesseits der Schützengräben werden den mutigen Schritt nur begrüßen, weil dadurch auch ihre Tätigkeit für den Frieden wie ihre Hoffnung auf den Wiederaufbau der Internationale wesentlich gestärkt wird. F r i s k u m m e r.

Kartelle und Sekretariate.

Von den Arbeitersekretariaten.

Als Arbeitersekretär für Düsseldorf ist der Genosse W. Ohse, bisher Arbeitersekretär in Erfurt, gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank.

Für das Gewerkschaftskartell
i. A.: B. Janßen.

Arbeitersekretär für Oldenburg gesucht.

Für Oldenburg wird ein Arbeitersekretär gesucht, der zu den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“ angestellt werden soll. Teuerungszulage und Anrechnung der Dienstjahre werden gewährt. Offerten unter Arbeitersekretär sind bis zum 15. August an Karl Heitmann in Oldenburg i. Gr., Melkbrink 61, zu richten.

Genossenschaftliches.

Das Tarifamt des Centralverbandes deutscher Konsumvereine

hielt am 17. Juli im Sitzungssaale der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu Hamburg eine Sitzung ab. Von den Genossenschaften nahmen teil die Herren Lorenz, Kaufmann, Bästlein, Berger, Rieger und Everling, von den Gewerkschaften die Herren Dreher, Himpel, Frehtag, Lankes und Urban, von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Herr Bauer.

Von den zur Erledigung gelangenden Fällen bestrafen drei den Zentralverband der Handlungsgehilfen. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung wurden nicht gefällt.

Der Konsumverein Ludwigshafen hat den Ortszuschlag von 17½ Proz. auf 20 Proz. erhöht.

Bezüglich der Teuerungszulagen wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Beschlüsse des Tarifamts gelten für beide Reichstarife und die sonstigen dem Tarifamt unterstellten Tarife und die von diesen Tarifen betroffenen Personen. Den Genossenschaften wird empfohlen, sich auch in den nicht von diesen Tarifen betroffenen Fällen den Beschlüssen anzupassen.“

Die Teuerungszulage wird erhöht bei Vereinen mit Bäckereien und mindestens 250 000 Mk. Gesamtjahresumsatz ab 1. Juli 1918 um 10 Proz., ab 1. Oktober 1918 um weitere 5 Proz., bei allen anderen Vereinen um 5 Proz. bzw. 2½ Proz. Diese Zulagen gelten bis 1. April 1919.

Die Mindestzulage wird bei der ersten Gruppe um 2 Mk., bei der zweiten Gruppe um 1,50 Mk. per Woche erhöht.

Auf die Leistungsfähigkeit der einzelnen Vereine soll Rücksicht genommen werden; die Vereine sollen ihre etwaigen Ansprüche innerhalb zwei Monaten durch die Revisionsverbände geltend machen.

Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird der tarifliche Zuschlag gezahlt, jedoch muß der Tariflohn zusätzlich Teuerungszulage erreicht werden.

Widwe, Witwen und Witwen mit eigenem Haushalte sollen den Verheirateten gleich behandelt werden.

Wo günstigere Bedingungen bewilligt sind, sollen sie bestehen bleiben; im übrigen sind die schon erfolgten Bewilligungen auf die beschlossenen Zulagen anzurechnen.“

Es wurde weiter festgestellt, daß, wo schon vor dem 1. Juli 1918 Verhandlungen über Rückwirkung

der Zulagen geführt wurden, sie weitergeführt werden dürfen.

Einverständnis herrschte darüber, daß die Teuerungszulagen an den jeweiligen Lohnzahlungstagen ausbezahlt sind.

Der gewerkschaftliche Vorsitzende.
gez. H. Dreher.

Der genossenschaftliche Vorsitzende.
gez. H. Lorenz.

Mitteilungen.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Rassenbericht vom 2. Quartal 1918.

Einnahme:

Rassenbestand vom 1. Quartal 1918	18 209,26 Mk.
157 Mitgliederbeiträge à 6 Mk.	942,— "
5748 " " " " " " " " " " " "	45 984,— "
Zinsen	21 493,63 "
Summa	86 628,89 Mk.

Ausgabe:

Zurückgezahlte Beiträge	996,— Mk.
Beitragsüberweisung an den Metallarbeiter-Verband	1 520,— "
Witwenunterstützung	31 203,05 "
Invalidenunterstützung	7 988,85 "
Waisenunterstützung	275,05 "
Sterbegeld an: Horn	200,— "
" " Brüggemann	200,— "
" " Rindfleisch	200,— "
" " Hoff	200,— "
" " Kolb	200,— "
" " Schneider	200,— "
" " Mühlbauer	200,— "
Postschwedengebühren	19,17 "
Versicherungsbeiträge	101,80 "
Bureaubedarf	61,— "
Rassenverwaltung	330,— "
Borto	81,26 "
Bankguthaben	28 980,88 "
Rassenbestand	18 672,83 "

Summa 86 628,89 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.

Die Revisoren:

Gustav Reinke. Paul Umbreit.

Literarisches.

Neuerschienene Bücher und Schriften.

Publikationen über Arbeiterversicherung.

Die Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung. Denkschrift, im Auftrage der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände bearbeitet von Paul Lange. 35 S. 1,20 Mk. Industri-

beamten-Verlag G. m. b. H., Berlin W.

Die Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage des Sparzwanges. Von Dr. E. Gruner, Präsident des Aufsichtsamts für Privatversicherung. 75 S. G. S. Mittler u. Sohn, Berlin.

Denkschrift über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden. Ueberreicht von der Arbeitsstelle für Heimarbeitreform. 23 S. Berlin.

Bericht über die Tätigkeit des technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft im Jahre 1917. 26 S.

Tätigkeitsbericht des Städtischen Versicherungsamtes München.